



MITTEILUNGSVORLAGE

VORL.NR. 202/12

Federführung:

FB Bildung, Familie, Sport

Sachbearbeitung:

Seigfried, Konrad
Reichert, Andreas

Datum:

08.05.2012

Beratungsfolge	Sitzungsdatum	Sitzungsart
Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales	20.06.2012	ÖFFENTLICH
Gemeinderat	04.07.2012	ÖFFENTLICH
Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales	11.07.2012	ÖFFENTLICH
Gemeinderat	11.07.2012	ÖFFENTLICH

Betreff: Schulentwicklungsplanung 2012 bis 2017

Bezug SEK: Masterplan 9 - Bildung und Betreuung

Bezug: Schulentwicklungsplan (Projektgruppe Bildung und Region)
Band I: Bestandserhebung und Prognosen – Februar 2012
Elternbefragung zu den schulischen Entwicklungen (Projektgruppe Bildung und Region) – Oktober 2011

Anlagen:

Mitteilung:

Übersicht:

I. Vorbemerkung

II. Themen, Ergebnisse Dialogverfahren, Positionen und Beschlussvorschläge

1. Grundschulen
2. Förderschulen
3. Haupt- und Werkrealschulen
4. Realschulen
5. Gemeinschaftsschule
6. Gymnasien
7. Schülerströme/Ein- und Auspendler
8. Entwicklung Ganztage
9. Schulsozialarbeit und weitere Beratungsleistungen
10. Kommunale Förderprojekte

III. Weiteres Verfahren

I. Vorbemerkung

Mit der Vorlage 086/11 wurde die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für Ludwigsburg für den Zeitraum 2012 – 2017 durch die Auftragsvergabe an die Projektgruppe Bildung und Region (Biregio), Bonn, in die Wege geleitet.

Da Schulentwicklungsplanung ein äußerst komplexes Verfahren mit sehr vielen verschiedenen Akteuren und Beteiligten umfasst, wurde die Fortschreibung des ersten Schulentwicklungsplanes für Ludwigsburg noch umfassender angelegt.

Auf der Basis einer **Befragung von Grundschulleitern** der Kinder in den ersten drei Klassen im Juli 2011, aus der sich eine auswertbare Rücklaufquote von 73,3% ergab, wurden systematisch die Vorstellungen der Eltern hinsichtlich der Schullaufbahn ihrer Kinder erfasst und in den zuständigen Gremien sowie der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Befragung wurde im Oktober 2011 veröffentlicht und kann auch über die Homepage der Stadt Ludwigsburg eingesehen werden.

Zwischenzeitlich wurde auch von Biregio eine Bestandserhebung über die aktuelle Situation an unseren Schulen sowie eine Prognose hinsichtlich demografischer und schulischer Entwicklungen vorgestellt. Diese Informationen liegen mittlerweile als Schulentwicklungsplan Stadt Ludwigsburg, **Teil I: Bestanderhebung und Prognosen** vom Februar 2012 in schriftlicher Form vor.

Die sich daraus ergebenden Themenfelder wurden bereits im Erweiterten Schulbeirat und im BSS vorgestellt und erörtert. Eine vertiefende Betrachtung und vor allem eine Entscheidung über die näher zu untersuchenden bzw. zu entwickelnden Themen stehen jetzt an, um zügig weiter arbeiten und bis zur Sommerpause des Gemeinderates die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes verabschieden zu können.

Um ein noch besseres Fundament für die weitere Beratung zu haben, bestand Übereinstimmung für die endgültige Beratung der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes 2012 – 2017, auch die Ergebnisse der Schulanmeldungen für das Schuljahr 2012/13 einzubeziehen. Auch wenn die Daten noch nicht auf jeden einzelnen Schüler bezogen komplett vorliegen, zeichnet sich klar und deutlich folgende Entwicklung ab:

- Grundschulen wachsen leicht, allerdings mit den bereits erwarteten Verschiebungen,
- Werkrealschulen und Hauptschule verlieren dramatisch Schüler/innen (bisher nur 96 Anmeldungen, während die aktuellen 5. Klassen noch 176 Schüler/innen haben,
- Realschulen wachsen weiter, wenn auch nicht so dynamisch wie erwartet (von 236 auf 254)
- Gymnasien wachsen weiter (473 Anmeldungen statt 438).

Auf der Basis dieser Zahlen lässt sich festhalten, dass von 824 angemeldeten Schülern (Stand 04.05.2012) für das Schuljahr 2012/13 insgesamt bereits fast 60 % das Gymnasium wählen (57,4 %) und nur noch knapp 12 % Werkreal- und Hauptschulen.

(Nur zur Erinnerung: die Stadt Ludwigsburg betreibt als Schulträger derzeit **vier** Gymnasien und **vier** Werkreal- und Hauptschulen bei gänzlich unterschiedlichen Schülerzahlen!)

Vor diesem Hintergrund fanden in einer ersten Dialogrunde Besprechungen mit den unterschiedlichen Schularten und dem staatlichen Schulamt statt.

Durchgeführt wurden zwei Besprechungen zur Gemeinschaftsschule mit allen Haupt- und Werkrealschulen und den Realschulen sowie dem geschäftsführenden Schulleiter der Gymnasien sowie dem staatl. Schulamt (22.03.2012, 07.05.2012).

Am 16.04.2012 fanden die Gespräche mit den Gymnasien, am 17.04.2012 mit den Förderschulen und am 23.04.2012 mit den Grundschulen statt.

Aus den bisher vorliegenden Unterlagen, der Auswertung der Elternumfrage, den Veränderungen der Landesschulpolitik, dem aktuellen Schulwahlverhalten, den Anforderungen an eine

anspruchsvolle und gerechte kommunale Bildungspolitik lassen sich die folgende Themenfelder herauschälen, die im weiteren Verlauf der Beratung erörtert und entschieden werden müssen.

II. Themen, Ergebnisse Dialogverfahren, Positionen und Beschlussvorschläge

1. Grundschulen

1.1. Demografische Entwicklung

Ludwigsburg hat eine außergewöhnliche Situation hinsichtlich seiner Bevölkerung. Bestandsbevölkerung und eine kluge Siedlungspolitik der letzten Jahre sowie die wirtschaftliche Prosperität von Stadt und Region führen dazu, dass noch für einen längeren Zeitraum mit hohen Kinderzahlen zu rechnen ist. D.h. die Schülerzahlen werden voraussichtlich bis 2019/20 weiter ansteigen, etwa den Stand von 95/96 erreichen und danach langsam absinken.

Die mittleren Jahrgangsbreiten werden sich nach der Prognose von Biregio wie folgt entwickeln:

Jahr*	0-3-Jährige		Grupp.		3-6,5-Jährige		Grupp.		6-10-Jährige		Grupp.	
2010	822	100,0%	16,4	49,2	809	100,0%	32,4	113,4	791	100,0%	12,7	50,8
2011	830	101,0%	20,5	61,5	834	103,1%	33,4	114,9	796	100,6%	13,1	52,4
2012	848	103,2%	24,8	74,4	837	103,5%	33,5	113,2	808	102,1%	13,8	55,2
2013	839	102,1%	28,5	85,5	847	104,7%	33,9	114,4	837	105,8%	14,7	58,8
2014	835	101,6%	29,2	87,6	868	107,3%	34,7	117,0	835	105,6%	15,1	60,4
2015	827	100,6%	29,7	89,1	871	107,7%	34,8	117,2	866	109,5%	16,1	64,4
2016	818	99,5%	30,2	90,6	860	106,3%	34,4	115,7	875	110,6%	16,7	66,8
2017	807	98,2%	30,6	91,8	854	105,6%	34,2	114,9	875	110,6%	17,2	68,8
2018	794	96,6%	30,9	92,7	846	104,6%	33,8	113,4	889	112,4%	17,9	71,6
2019	779	94,8%	31,1	93,3	836	103,3%	33,4	111,9	889	112,4%	18,4	73,6
2020	764	92,9%	31,3	93,9	823	101,7%	32,9	110,2	877	110,9%	18,6	74,4
2021	747	90,9%	31,3	93,9	809	100,0%	32,4	108,4	868	109,7%	18,9	75,6
2022	730	88,8%	31,4	94,2	793	98,0%	31,7	106,0	857	108,3%	19,1	76,4
2023	713	86,7%	31,3	93,9	775	95,8%	31,0	103,6	844	106,7%	19,2	76,8
2024	697	84,8%	31,3	93,9	757	93,6%	30,3	101,1	829	104,8%	19,3	77,2
2025	683	83,1%	31,4	94,2	739	91,3%	29,6	98,7	812	102,7%	19,3	77,2
2026	670	81,5%	31,5	94,5	721	89,1%	28,8	96,0	794	100,4%	19,3	77,2
2027	660	80,3%	31,6	94,8	704	87,0%	28,2	93,9	775	98,0%	19,3	77,2
2028	651	79,2%	31,9	95,7	689	85,2%	27,6	91,9	756	95,6%	19,2	76,8
2029	645	78,5%	32,2	96,6	675	83,4%	27,0	89,8	737	93,2%	19,1	76,4
2030	640	77,9%	32,6	97,8	665	82,2%	26,6	88,4	719	90,9%	19,0	76,0

Quelle: Kindertagesstättenplanung – Januar 2012/Biregio

In Band I der Bestandserhebung und Prognosen zur Schulentwicklungsplanung ist die Entwicklung der Bevölkerungszahl in den einzelnen Stadtteilen dargestellt.

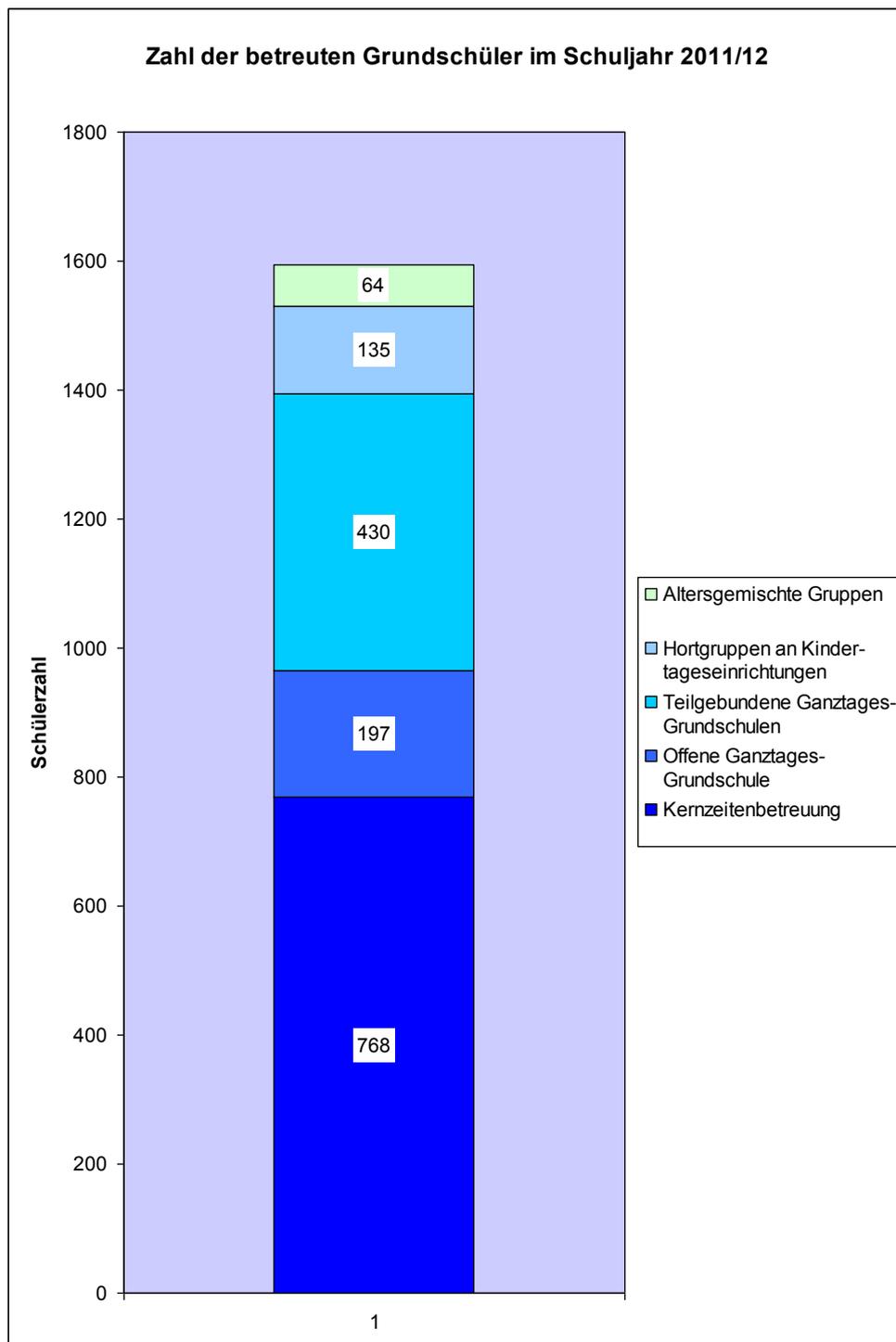
Vor dem Hintergrund dieser Daten muss aufmerksam die stadträumlich sehr unterschiedliche Entwicklung, die nicht mit dem Schulraumbestand korrespondiert, aufmerksam betrachtet werden.

Wenn eines der zentralen quantitativen Ziele (mit Auswirkungen auf Lehrerzuweisung und Unterrichtsangebot) eine Mindestzügigkeit von zwei Zügen ist, werden einige wenige Grundschulen in den nächsten Jahren Probleme bekommen, diese zu erreichen, wieder andere hingegen müssen mit räumlichen Engpässen rechnen.

Zudem gibt es an einigen Schulen kurz- und mittelfristigen Sanierungsbedarf und zwei Grundschulen (Oststadtschule II und Neckarweihingen) sind noch an zwei Standorten untergebracht. Mit der Fortschreibung des SEP sollen die entsprechenden Richtungsbeschlüsse erfolgen.

1.2. Ganztag

Keine andere Schulform hat bisher diese dynamische Entwicklung beim Ganztag bzw. bei Betreuungsangeboten genommen. Dies ist die logische Konsequenz des Ausbaus des zeitlichen Betreuungsumfangs an den Kindertageseinrichtungen, den veränderten Elternwünschen (Vereinbarkeit von Familie und Beruf), den Anforderungen der Wirtschaft und der strategischen Entscheidung der Stadt, die Schulkindbetreuung zukünftig nicht mehr in Kindertageseinrichtungen, sondern an den Schulen zu organisieren.



Für knapp über die Hälfte der Grundschüler (Schuljahr 2011/12: 3.089) gibt es bisher bereits Kernzeitenbetreuung, flexible Nachmittagsbetreuung, offenen und gebundenen Ganztags. Gleichwohl stehen hier weitere Veränderungen dringend an, die sowohl die Schulorganisation, als auch vor allem bauliche Maßnahmen betreffen. Hinsichtlich der erheblichen baulichen Maßnahmen zur Gewährleistung eines schulischen Ganztagsbetriebs und der damit verbundenen enormen Kosten muss auch geprüft werden, ob alle Schulstandorte auf Dauer, also über 2025 hinaus, genügend große Schülerzahlen erwarten lassen, um den Ausbau des Ganztags zu rechtfertigen.

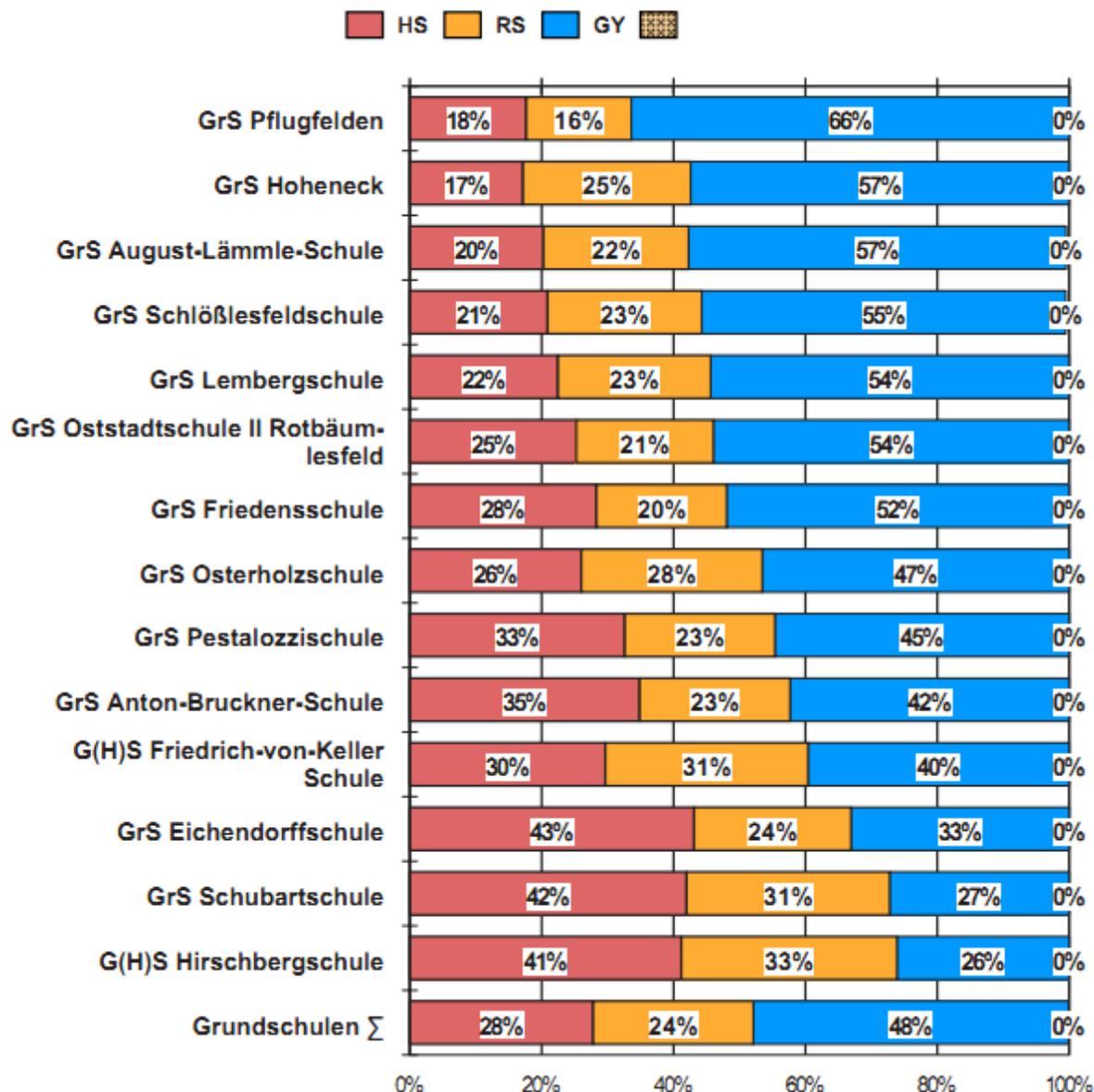
1.3. Inklusion

Die Anforderungen, das Bildungssystem insgesamt inklusiv zu organisieren, d.h. allen Kindern an einem Lernort die bestmögliche Förderung zu gewährleisten, bringt vielfältige Anforderungen mit sich: bauliche Maßnahmen, Haltung von Schulen, Sicherstellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs, Gewährleistung von Assistenz.

1.4 Gerechte Bildungschancen

Die derzeitigen zum Teil extremen Diskrepanzen in den unterschiedlichen Stadtquartieren und damit in den verschiedenen Grundschulen sind eine Herausforderung für eine Stadt, die sich das Ziel gesetzt hat, allen Kindern gerechte Bildungschancen zu eröffnen.

Die Empfehlungsquoten aus den Grundschulen in die 5. Klassen im Mittel der Schuljahre 2007/08 bis 2009/10 weisen erhebliche Unterschiede auf:



Quelle: Band I – Bestandserhebung und Prognosen zur Schulentwicklungsplanung/Biregio

Die derzeitige Diskrepanz zwischen 27% und 60% (Übergangsquote zum Gymnasium im Mittel der Schuljahre 2007/08 - 2010/11) ist zu hoch. Wie eine Verbesserung aussehen kann, zeigt das Beispiel der Eichendorffschule, wo es mit einem Mix aus städtebaulichen Maßnahmen, sozialen Unterstützungsmaßnahmen, großem bürgerschaftlichen Engagement und einer intensiven Förderung in Schule und früher Bildung gelungen ist, die Übergangsquote von 11,5% (2002) auf zuletzt 32,5% (2011) zu verändern.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Verwaltung, folgende Themen im Rahmen der aktuellen Schulentwicklungsplanung zu vertiefen und zur Entscheidung zu bringen:

- Sicherung des Standortes Eichendorffschule; auch Prüfung einer Zusammenlegung mit der Oststadtschule II
- Zusammenlegung der Grundschulstandorte in Neckarweihingen am Standort Schwarzwaldstraße

- Zusammenlegung der beiden Grundschulstandorte der Oststadt an der Oststadtschule II
- Klärung der Schülerentwicklung im Westen (Grundschule Pflugfelden, Friedensschule und Osterholzschule), um eine Richtungsentscheidung hinsichtlich der zukunftsfähigen Schulstandorte und dem damit verbundenen Ausbau für den Ganzttag treffen zu können
- Klärung der Schülerentwicklung in Eglosheim, um eine Richtungsentscheidung hinsichtlich der zukunftsfähigen Schulstandorte und dem damit verbundenen Ausbau für den Ganzttag treffen zu können
- Klärung des Ganztages und der damit verbundenen Baumaßnahmen für Neckarweihingen, Poppenweiler, August-Lämmle-Schule, Oststadtschule II und Hoheneck
- Ausbau der Fördernetzwerke und ggfls weiterer auch städtebaulicher und sozialer Maßnahmen zur Erreichung von mehr Bildungsgerechtigkeit an den benachteiligten Schulen
- Entwicklung von Konzepten an mehreren Standorten für eine verbesserte inklusive Beschulung im Elementarbereich

2. Förderschulen

Förderschulen leisten eine hochqualifizierte und wertvolle Arbeit bei der sonder-pädagogischen Förderung junger Menschen im Schulalter. Gleichwohl wird es aufgrund des zwingend erforderlichen Ausbaus der Inklusion in den Regelschulen zu nachhaltigen Veränderungen kommen, die in Ansätzen bereits erkennbar sind und an Dynamik zulegen werden.

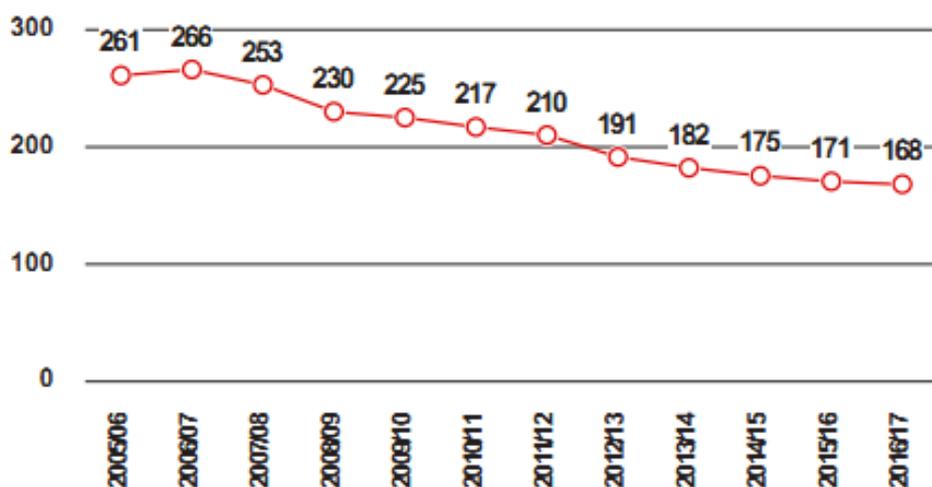
Schon jetzt nehmen die Schülerzahlen der beiden Ludwigsburger Förderschulen ab und über zunehmend mehr sog. Außenklassen wird bereits jetzt die Beschulung an Regelschulen – allerdings nicht unmittelbar inklusiv – verstärkt.

Förderschulen werden zukünftig noch viel mehr Sonderpädagogische Förderzentren sein, die ihre Lehrer an andere Schulen entsenden. Allerdings fehlt es derzeit noch an entsprechenden schulgesetzlichen Regelungen. Sie sind für das kommende Jahr angekündigt.

Ludwigsburg versorgt derzeit seine 210 Förderschüler an zwei Schulen und übernimmt im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung auch Schüler aus Freiberg und Pleidelsheim.

Die Schülerzahlen sind seit 2005/06 auf 2010/11 von 261 auf 211 gesunken. Biregio prognostiziert eine weitere deutliche Abnahme:

Schülerzahlen in der Förderschule - Stadt Ludwigsburg



Quelle: Band I – Bestandserhebung und Prognosen zur Schulentwicklungsplanung/Biregio

Grundsätzlich und im letzten Schulentwicklungsplan bereits anvisiert, kann die Beschulung der Förderschüler, soweit sie nicht zukünftig inklusiv oder auch in Kooperationsklassen erfolgt, an **einem** Standort durchgeführt werden. Daher sind die beiden Förderschulen gebeten worden, bis Ende Juni 2012 ein Konzept für einen pädagogisch und organisatorisch vertretbaren Zusammenschluss zu entwickeln. Die beiden Schulen haben dieser Bitte zugestimmt und werden ihre Vorstellungen entwickeln.

Die Bürgermeister von Pleidelsheim und Freiberg sind über die vorgesehenen Entwicklungen informiert. Das Staatliche Schulamt hat verdeutlicht, dass die dadurch veränderten Schülerströme dankbar durch Förderschulen in den benachbarten Regionen aufgefangen werden können. Da die Schülerinnen und Schüler im Zuge der Schülerbeförderung ihre Schulen erreichen, halten sich mögliche Belastungen in Grenzen.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Verwaltung, folgende Themen im Rahmen der aktuellen Schulentwicklungsplanung zu vertiefen und zur Entscheidung zu bringen:

- Zusammenlegung der beiden Ludwigsburger Förderschulen am Standort Eberhard-Ludwig-Schule (Festlegung des Schuljahres, ab dem eine Aufnahme nur noch in Eglosheim erfolgt)
- Prüfung der öffentlich- rechtlichen Vereinbarung mit Freiberg und Pleidelsheim
- Ausbau der sog. Außen- bzw. Kooperationsklassen an Regelschulen.

3. Hauptschule und Werkrealschulen

Wie bereits erwartet und im BSS vorgestellt, signalisieren die aktuellen Schulaufnahmen einen dramatischen Einbruch bei den Anmeldungen. Diese haben sich fast halbiert. Das Paradigma, mindestens Zweizügigkeit, welches der Schulentwicklungsplanung 2007/08 zugrunde lag, lässt sich mit diesen Anmeldungen nicht mehr halten.

Derzeit wird aus den Anmeldungen heraus nur noch die Justinus-Kerner-Werkrealschule im neuen Schuljahr zwei Klassen bilden. Die Hirschbergschule kann nach derzeitigem Stand wegen drei Wiederholern voraussichtlich zwei Klassen bilden. Die Oststadtschule I wird einzügig.

Damit würden mittelfristig erneut weitere Schulstandorte erodieren.

Die Friedrich-von-Keller-Schule hatte bisher schon die Einzügigkeit, verliert aber offensichtlich ebenfalls weiter an Schülern und kann voraussichtlich nur noch jahrgangsgemischt weitergeführt werden. Bis auf die Friedrich-von-Keller-Hauptschule sind bereits alle Schulen Ganztagschulen.

Für alle vier Schulen besteht dringender weiterer Handlungsbedarf, der zum Schuljahr 2013/14 greifen sollte. Falls hierfür schulrechtliche Entscheidungen zu treffen sind, müssen diese zum 01.10.2012 (Antragsfrist Kultusministerium) vorliegen.

Am 07.05.2012 nutzten die Schulleiter der Haupt-, Werkreal- und Realschulen, die Vertreterinnen des Staatlichen Schulamtes, der Geschäftsführende Schulleiter der Gymnasien sowie die Verwaltung die Möglichkeit einer Vorstellung der Tübinger Geschwister-Scholl-Gemeinschaftsschule durch den Schulleiter.

Eine erste gemeinsame Bewertung der vorgestellten Informationen wird im selben Kreis in einer weiteren Dialogrunde am 15.05.2012 erfolgen.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Verwaltung, folgende Themen im Rahmen der aktuellen Schulentwicklungsplanung zu vertiefen und zur Entscheidung zu bringen:

- **Sicherung der Zweizügigkeit an Werkrealschulen; Prüfung von Gemeinschaftsschuloptionen für die Hirschbergschule, die Oststadtschule I und die Justinus-Kerner-Schule**
- **Entscheidung über den Hauptschulstandort Neckarweihingen**

4. Realschulen

Die Realschulen wachsen weiter, allerdings nicht in dem Ausmaß, wie es aktuell erwartet worden war. Offensichtlich entscheiden sich mittlerweile viele Eltern für die neue „Hauptschule“, das Gymnasium.

Als Konsequenz daraus folgt, dass die Realschule, wie keine andere Schulform, in den Klassen 6 – 9 wächst. Die Heterogenität der Schüler und die Integration am Gymnasium gescheiterter Schüler stellt gerade und zunehmend die Realschulen vor große Herausforderungen.

Während offensichtlich die Gemeinschaftsschule im ländlichen Raum die „Rettung“ der bisherigen Haupt- bzw. Werkrealschulen und damit der Schulstandorte sein könnte, entwickeln sich im städtischen Raum - und das gilt auch für Ludwigsburg - die Realschulen ungesteuert zu Gemeinschaftsschulen, die (fast) alle Schüler fördern (müssen), die nicht auf das Gymnasium gehen. Die diesjährigen Aufnahmezahlen sprechen hierzu eine beredte Sprache. Wenn nur noch gut 12% an Werkrealschulen und Hauptschulen wechseln, zeichnet sich de facto ein zweizügiges Schulsystem ab. Hierauf sind die Realschulen trotz engagierter Kollegien bisher nicht ausreichend vorbereitet.

Beide Realschulen verfügen bisher nur rudimentär über Angebote des Ganztags. Wenn aber rund 50% der Grundschüler bereits in irgendeiner Form über die Halbtagschule hinaus betreut und gefördert werden und, wie sich jetzt abzeichnet, nur noch 12 % an den weiterführenden Schulen, die für den Ganztag bereits gerüstet sind (Werkrealschulen) ankommen, stellt sich die

Frage des Ganztags mit neuer Brisanz. Beide Realschulen müssen daher dringend den Ganzttag ausbauen.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Verwaltung folgende Themen im Rahmen der aktuellen Schulentwicklungsplanung zu vertiefen und zur Entscheidung zu bringen:

- Prüfung, ob die Realschulen zukünftig Kerne für Gemeinschaftsschulen werden
- Entwicklung von Modellen des Ganztages als schulischer Ganzttag oder der parallelen Betreuung zumindest in den Klassenstufen 5 - 7

5. Gemeinschaftsschule

Das neue Modell der Gemeinschaftsschule, welches die Landesregierung mit dem neuen Schulgesetz jetzt eingeführt hat, ist eine Reaktion auf die anhaltende Erosion der Haupt- und der Werkrealschulen und lehnt sich eng an die bundesweit zu beobachtende Tendenz eines nur noch zweigliedrigen Schulsystems nach der gemeinsamen Grundschule an.

Unabhängig von der politisch geführten Auseinandersetzung vor allem um die sog. Gesamtschule führen Schulwahlverhalten und schulpolitische Rahmenbedingungen in Baden-Württemberg dazu, dass das derzeitige Konzept mit bis zu 6 verschiedenen Schularten in der Sekundarstufe I keine Zukunft in einer (kommunalen) Bildungslandschaft mehr haben kann, das

- Elternwillen berücksichtigt,
- gerechte Bildungschancen geben will und
- verantwortlich mit den Ressourcen des Schulträgers, also den finanziellen Möglichkeiten der Stadt, umgeht.

Nicht zuletzt geht es aber darum, Vertrauen von Eltern und Schülern in angemessene schulische Bildung und Verlässlichkeit hinsichtlich Schulart und Abschlüssen zu gewinnen.

Die Bildung von Gemeinschaftsschulen oder einer Gemeinschaftsschule macht für Ludwigsburg wenig Sinn, wenn alle bisherigen Formen neben dem Gymnasium, also Realschulen, Werkrealschulen und Hauptschule, weiter bestehen. Auch das erneute Wechseln der Schulbezeichnung, also zum Beispiel der Werkrealschulen zu Gemeinschaftsschulen, wird voraussichtlich von den Eltern nicht angenommen. Daher ist es empfehlenswert, mittelfristig nur noch zwei Schulformen in der Sekundarstufe in Ludwigsburg anzubieten: die Gemeinschaftsschule und das Gymnasium.

Ob auch die Gemeinschaftsschule, was möglich ist, zukünftig eine gymnasiale Oberstufe bekommt, kann heute dahingestellt bleiben. Angesichts der besonderen Durchlässigkeit gerade des baden-württembergischen Bildungssystems steht diese Debatte heute nicht im Vordergrund.

Dasselbe gilt auch für die Verknüpfung einer Gemeinschaftsschule mit einer Grundschule, da derzeit keine Grundschule räumlich und was die Schülerzahl betrifft, so eingebunden werden könnte, dass alle Grundschüler gemeinsam dann in die Sekundarstufe an der Gemeinschaftsschule wechseln. Und will man die Option einer gymnasialen Oberstufe erhalten, die bei mindestens 60 Schülern in der Oberstufe gebildet werden kann, müsste eine Gemeinschaftsschule 4 – 5zünftig ausgebaut werden. Diese Einschätzungen haben sich in den bisherigen Dialogrunden auch so bestätigt.

Gemeinschaftsschulen lehren derzeit nach dem Bildungsplan der Realschulen, sollen mindestens zweizügig sein, inklusiv und Ganztagsunterricht haben.

In den bisherigen Gesprächen mit den Leitungen der Haupt- und Werkrealschulen sowie der Realschulen ist deutlich geworden, dass diese einen Rahmen des Schulträgers erwarten, um die Diskussion im Kollegium und mit den Mitwirkungsgruppen zielorientiert führen zu können.

Nachdem in vielen anderen Bereichen gute Erfahrungen gemacht wurden, zunächst Kriterien zu entwickeln, auf deren Grundlagen Entscheidungen getroffen werden können, sind nach den Empfehlungen des Gutachters, den Anhörungen in den Dialoggruppen sowie den Erörterungen im Erweiterten Schulbeirat aus Sicht des Schulträgers bei der Frage einer Schaffung von Gemeinschaftsschulen in Ludwigsburg folgende Kriterien vorrangig zugrunde zu legen:

- Ludwigsburger Gemeinschaftsschulen werden ab Klasse 5 neu entwickelt/gegründet
- Gemeinschaftsschulen sind mindestens dreizügig, wünschenswert vierzügig
- Sie erfordern keine umfangreichen baulichen Veränderungen, sind daher im bestehenden Schulraumbestand unterzubringen
- Es besteht eine räumlich enge Möglichkeit der Verknüpfung bzw. Kooperation mit einem Gymnasium
- Die verkehrstechnische Anbindung ist gut

Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Verwaltung, folgende Themen im Rahmen der aktuellen Schulentwicklungsplanung zu vertiefen und zur Entscheidung zu bringen:

- Festlegung von Rahmenbedingungen für die Bildung von Gemeinschaftsschulen in Ludwigsburg auf der Grundlage der genannten Kriterien
- Entwicklung von Standortkonzepten, welches die räumlichen Anforderungen, insbesondere auch für den Ganztags umfasst.

6. Gymnasien

Die vier Ludwigsburger Gymnasien erfreuen sich einer guten Nachfrage. Die Anmeldezahlen für das neue Schuljahr liegen leicht über der Prognose von Biregio. Die Anmeldungen für 2012/13 signalisieren eine ähnliche Nachfrage bei den vier Gymnasien (zwischen 99 und 145 Neuanmeldungen mit 4 bzw. 5 Klassen pro Schule). Die kritische Entwicklung vor einigen Jahren, zurückgehende Nachfrage beim Goethegymnasium, stark steigende Nachfrage beim OHG, hat sich nivelliert.

Zu den im Mittel 325 Schülern aus Ludwigsburg pro Jahrgang kommen im Mittel 137 auswärtige Schüler hinzu.

Es ist davon auszugehen, dass auch in den nächsten Jahren mindestens 3.500 Schülerinnen und Schüler die Ludwigsburger Gymnasien besuchen. Anhaltend starke Kinderzahlen bis 2025 lassen erwarten, dass weit bis in das dritte Jahrzehnt hinein mit keinem Nachfrageeinbruch zu rechnen ist. Dies bedeutet, dass die Raumressourcen weiter benötigt, vielmehr noch Zusatzräume vor allem für die Gestaltung des Ganztags erforderlich werden.

Hinsichtlich des Ganztags sehen die Gymnasien neben den bereits vorhandenen Formen (z. B. Sportteilzeitinternat, Kooperation mit dem CVJM) und Förderprogrammen wie etwa der Hausaufgabenbetreuung vor allem das Erfordernis einer **Verlässlichkeit** der schulischen Betreuung vor allem in den beiden ersten Klassenstufen, die derzeit mit ihren Mitteln nicht gewährleistet ist.

Das Friedrich-Schiller-Gymnasium bereitet darüber hinaus die Entwicklung eines Ganztagszugs vor.

Auch wenn die drei Innenstadtgymnasien räumlich dicht beieinander liegen, wird derzeit kein Erfordernis gesehen, über zu verändernde Schulstrukturen nachzudenken. Vielmehr sollte die Kooperation der drei Schulen, wie sie mit der ARGE Campus für alle Schulen auf dem Schulcampus Innenstadt entwickelt wurde, weiter vertieft werden.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Verwaltung, folgende Themen im Rahmen der aktuellen Schulentwicklungsplanung zu vertiefen und zur Entscheidung zu bringen:

- Sicherstellung einer verlässlichen Betreuung und Förderung zumindest für die beiden ersten Klassenstufen an den Gymnasien
- Einrichtung eines Ganztagszugs am FSG

7. Ein- und auspendelnde Schüler

Ludwigsburg erfreut sich als Schulstadt weiter einer regen Nachfrage. Fast 1500 einpendelnde Schüler sind vor allem auf die Anziehungskraft der vier Gymnasien (aktuell 1117 Schüler) zurückzuführen.

Bis auf eine Grundschule bleiben die Schüler im Wesentlichen in Ludwigsburg. Zuletzt, d.h. im Schuljahr 2011/12, waren es 11% der Grundschüler, die eine auswärtige Schule gewählt haben. Allerdings muss dies beobachtet werden, da der Anteil in den letzten drei Jahren von 8% auf 11% gestiegen ist.

Die absolute Ausnahme bildet die Lembergschule in Poppenweiler. Hier lag die Quote des Wechsels an auswärtige Schulen zuletzt bei 63%; nicht verwunderlich angesichts der Nähe und Qualität der Marbacher Schulen.

Dem gegenüber stehen Aufnahmequoten auswärtiger Schüler von zuletzt 15% bei den Realschulen und 28% bei den Gymnasien. Zuletzt lagen mit rund 40% das Otto-Hahn-Gymnasium und das Goethegymnasium mit 33% vorne. Beide Gymnasien mit speziellem Profil (Sport bzw. Musik) könnten aber unter der G8-Thematik leiden.

Daher gilt es die Entwicklung weiter sorgfältig zu beobachten.

Angesichts des zukünftig verstärkten Wettbewerbs um Schüler ist es erforderlich, die Profilierung der weiterführenden Schulen weiter voranzutreiben und vorhandene Standortvorteile sowohl im Campus Innenstadt als auch im Bildungszentrum West zu nutzen und weiter zu verbessern.

Hierzu zählt beispielsweise das neue Schul- und Vereinsbad in der Innenstadt, die laufenden und noch anstehenden Sanierungsmaßnahmen in beiden Schulzentren sowie auch der Ausbau des Ganztags (Umnutzung altes Stadtbad, Ausbau Mensa BZW). Bilingualer Unterricht, Schüleringenieurakademie usw. zählen ebenso hinzu.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Verwaltung, folgende Themen im Rahmen der aktuellen Schulentwicklungsplanung zu vertiefen und zur Entscheidung zu bringen:

- Prüfung der Einrichtung eines G9-Zugs am Otto-Hahn-Gymnasium
- Weitere Profilentwicklung

- Formen schulischen Ganztags entwickeln

8. Entwicklung des Ganztags

Wie bereits mehrfach ausgeführt, ist ein zunehmend zentrales Thema für viele Eltern die verlässliche Förderung und Betreuung im schulischen Kontext. Grundschulen halten mit weiter ansteigender Tendenz bereits für über 50% ihrer Schüler Angebote vor, die Werkrealschulen sind Ganztagschulen, Realschulen und Gymnasien haben hingegen noch erheblichen Nachholbedarf.

Aber auch bei den Grundschulen gibt es noch in vielen Fällen provisorische Lösungen, die nicht für eine dauerhafte und verlässliche Förderung geeignet sind. Wenn 72% der Eltern der heutigen Erst- bis Drittklässler Betreuungsbedarf anmelden, dann ist dies mehr als eine Aufforderung an den Schulträger, den eingeschlagenen Weg weiter zu verfolgen und vor allem zu verfestigen.

Der Fachbereich Bildung, Familie, Sport hat in den zurückliegenden Jahren im Rahmen der „Bildungsoffensive“ gemeinsam mit den Schulen ein buntes Mosaik von Betreuungs- und Förderangeboten entwickelt, das von der Hortbetreuung über Kernzeitenbetreuung, flexibler Nachmittagsbetreuung, Früh- und Spätbetreuung und dem Jugendbegleitermodell bis zum gebundenen Ganztag, also der Ganztagschule (gebunden und offen), reicht. Parallel wurde auch die Ferienbetreuung deutlich erweitert, die ab 2013 mit einer ganztägigen Betreuung an allen Ferien (außer Weihnachtsferien) vor einer nächsten Qualitätserweiterung steht.

Diese Aufgabe wurde von der Verwaltung organisiert. Anfangs vor allem im Rahmen befristeter, d.h. letztlich prekärer Arbeitsverhältnisse, zunehmend mehr durch Anstellung. An einem Standort, der Anton-Bruckner-Schule, hat sich ein Konzept mit einem Träger, der Diakonie (LSC), entwickelt. An einer anderen Schule soll nun die Trägerschaft durch einen weiteren freien Träger, dem AWO-Kreisverband, erprobt werden.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Verwaltung, folgende Themen im Rahmen der aktuellen Schulentwicklungsplanung zu vertiefen und zur Entscheidung zu bringen:

- Entscheidung, welche Grundschulen zukünftig Ganztagschulen werden, um den erforderlichen Ausbau in die Wege zu leiten
- Parallel dazu die Festlegung, welche Grundschulen mittelfristig mit den bisherigen Modellen arbeiten sollen
- Entwicklung eines Ganztagsmodells mit den Innenstadtgymnasien (oder Schulen) unter Einbeziehung des Stadtbades
- Entwicklung eines Ganztagsmodells am BZW
- Überführung der kompletten bisherigen Hortbetreuung in schulische Fördermodelle (Horte nur noch als Einrichtungen der Jugendhilfe mit besonderem Förderbedarf, der nicht an der Schule geleistet werden kann)
- Klärung der Beteiligung freier Träger an der Gestaltung des Ganztags

9. Schulsozialarbeit und weitere Beratungsleistungen

Die Stadt Ludwigsburg hat als Schulträger – unabhängig von einer Förderung – zuletzt 7,5 Stellen für Schulsozialarbeit vorgehalten bzw. bei freien Trägern der Jugendhilfe finanziert. Auf der Basis der neuen Landesförderung (und der temporär zur Verfügung stehenden Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket) wurden diese Stellen auf insgesamt neun ausgebaut. Damit hat Ludwigsburg ein

klares Bekenntnis zur Förderung durch Schulsozialarbeit abgegeben und wird diese Leistung auch weiterhin vorhalten.

Nachdem zuerst alle Haupt- und später Werkrealschulen sowie die Förderschulen gefördert wurden sind zwischenzeitlich auch mehrere Grundschulen und die Realschulen hinzugekommen. Allerdings gibt es bisher keinen verbindlichen Schlüssel für die Zuordnung. Dies ist eine Aufgabe für die kommende Zeit.

Darüber hinaus muss es das Ziel sein, alle weiteren den Schulen zur Verfügung stehenden Beratungsleistungen so eng wie möglich zu vernetzen, um mehr und bessere Wirkung zu erzielen. Hierzu zählen insbesondere die Leistungen der Jugendförderung sowie die Angebote verschiedener freier Träger wie zum Beispiel CVJM, Caritas, Jugendhilfe Karlshöhe, kath. Dekanat usw.

Schulen, in denen keine originäre Schulsozialarbeit geleistet wird, fragen zunehmend Projekte und Maßnahmen für den Bereich der Gewaltprävention nach. Teilweise betreffen diese die Aus- bzw. Fortbildung des Lehrpersonals, aber auch akute Vorfälle, auch schon an Grundschulen. Die städtische Kinder- und Jugendförderung verfügt in Zusammenarbeit mit freien Trägern über entsprechende Angebote, die jedoch unzureichend finanziert sind.

Daher empfiehlt die **Verwaltung**, folgende Themen im Rahmen der aktuellen Schulentwicklungsplanung zu vertiefen und zur Entscheidung zu bringen:

- Einführung eines verbindlichen (Verteiler)Schlüssels für die Gewährung von Schulsozialarbeit
- Einrichtung oder Weiterentwicklung von Koordinierungsgremien für Campus Innenstadt, BZW und die anderen Standorte weiterführender Schulen
- Konzept eines standardisierten Angebots für Schulen im Rahmen der Gewaltprävention

10. Kommunal unterstützte Konzepte für musische Bildung, Bewegungsförderung und Gesundheitserziehung

Die Schulen der Zukunft werden in der Regel Ganztageschulen sein. Ganztageschulen bieten einen rhythmisierten Unterricht an. Dabei sind sie nicht nur auf die entsprechende Lehrerversorgung und die Bereitstellung von finanziellen und personellen Mitteln des Schulträgers im Rahmen der Betreuung angewiesen, sondern benötigen in starkem Maße die Unterstützung durch Kooperationspartner aus völlig verschiedenen Bereichen und in den jeweils schulisch angebotenen Profilen.

Das Spektrum reicht dabei von der musischen Bildung, der Bewegungsförderung und Gesundheitserziehung bis hin zu Bildungspartnerschaften mit Wirtschaft, Handwerk und Dienstleistungen. Ähnlich wie bei den Kinder- und Familienzentren sind Schulen in Zukunft auf ein Netzwerk vielfältiger Partner angewiesen. An den Beispielen der Anton-Bruckner- und der Eichendorffschule wird ersichtlich, wie umfangreich, aber auch organisatorisch aufwändig solche Netzwerke sein können.

Ludwigsburg verfügt dabei über zweierlei günstige Rahmenbedingungen.

Zum einen besteht mit dem „Fonds Jugend, Bildung, Zukunft“ eine hervorragende finanzielle Grundlage, Schulen mit einer unterschiedlichen Finanzierung bei ihren Bemühungen zu unterstützen, andererseits bestehen mit der Pädagogischen Hochschule, der Evangelischen Hochschule, der Filmakademie, der Kunstschule Labyrinth, der Jugendmusikschule und weiterer Einrichtungen ausgezeichnete Rahmenbedingungen für schulische Kooperationen.

Diese Angebote werden jedoch noch nicht in dem für Schulen erforderlichen und erwünschten Maß angesprochen bzw. nachgefragt. In organisatorischer Hinsicht stellt sich dabei die grundsätzliche Frage nach einer geeigneten Koordination. Denkbar wäre – ähnlich wie beim Jugendbegleiterprogramm – die Einrichtung einer Service- oder Vernetzungsstelle, die sich insbesondere auch mit dem Ausbau des Ganztags mit Zielrichtung eines rhythmisierten Unterrichts befasst und der Versäulung Bildung/Betreuung entgegenwirkt.

Daher empfiehlt die Verwaltung, folgende Themen im Rahmen der aktuellen Schulentwicklungsplanung zu vertiefen und zur Entscheidung zu bringen:

- Weiterer Ausbau möglicher Schulkooperationen
- Sicherstellung der finanziellen Rahmenbedingungen
- Verortung einer Service- bzw. Vernetzungsstelle

III. Weiteres Verfahren

Im Rahmen eines Gegenstromverfahrens werden diese Themen weiterhin mit den Schulen und dem Erweiterten Schulbeirat beraten. Nach der Erörterung im BSS am 20.06.2012 ist es Ziel, die Schulentwicklungsplanung 2012 – 2017 auf der Grundlage einer Beschlussvorlage im BSS am 11.07.12 vorzubereiten, um am 18.07.12 im Gemeinderat darüber beschließen zu können.

Unterschriften:

Konrad Seigfried

Wolfgang Fröhlich

Andreas Reichert

Verteiler: DI, DII, DIII, Ref05, 10, 20, 61, 65, 67